Laie würde sofort erkennen, ob überhaupt noch Starre vorhanden ist." Und letztlich bedeutet die Richter-Ansicht, daß die Rodatus-Feststellungen zwar konkret genug sind, um ein Lebenslang-Urteil zu begründen, aber zu ungenau, um ein Wiederaufnahmegesuch darauf zu stützen.

Brühne-Anwalt Wilhelm Haddenhorst: „Wäre Recht, was die Münchner Richter hier entschieden haben, dann sind die Wiederaufnahmebestimmungen überflüssig und können durch den einen Satz ersetzt werden: Ein Wiederaufnahmeverfahren findet nur statt, wenn das Gericht es will."

AFFÄREN

Gelbes Mützchen

Der Fall der BND-Agentin Susanne Sievers, von der Opposition nach dem Rücktritt Willy Brandts zum Bonner Skandal hochgespielt, enthüllt eine abstruse Personalpolitik des Pullacher Geheimdienstes.

Hans-Joachim Platz, Zweiter Bundesvorsitzender der „Vereinigung der Opfer des Stalinismus" (VOS), versteht die Welt nicht mehr. „Schon uns war das Mädchen suspekt", sagt er. „Desto unfaßbarer war die kürzliche Nachricht, daß diese Frau nun auch noch beim Bundesnachrichtendienst ist."

VOS-Mann Platz erinnert sich noch sehr genau, daß man „dieser Frau" schon 1961 wegen ihrer ungeklärten Beziehungen zur DDR den Flüchtlingsausweis „C" abnahm und sie aus dem VOS-Vorstand entfernte. Platz: „Wir haben dem Mädchen nicht getraut."

Das Mädchen hat einige Aussicht, als Femme fatale bundesdeutscher Politik in die Geschichte einzugehen: BND-Residentin Susanne Sievers, 53, lenkte für kurze Zeit die öffentliche Aufmerksamkeit von Kanzler-Sturz und Kabinetts-Neubildung ab und bereicherte das Bonner Spionage-Spektakulum um eine erotische Nuance.

Die Rolle hatte ihr die rechte Boulevardpresse zugedacht, der Willy Brandts Rücktritt willkommener Anlaß war, den Schock über die Guillaume-Affäre durch genüßliche Erinnerungen an die einstige Brandt-Freundin Susanne Sievers zu vertiefen. „Bild" freute sich: „Die Hintergründe des Rücktritts von Bundeskanzler Brandt kommen tröpfchenweise ans Licht."

„Quick" verbreitete, Brandt-Freunde hätten die „schöne Agentin", die vom Staatssicherheitsdienst der DDR einmal vergebens auf Brandt angesetzt worden sei, im Pullacher Geheimdienst untergebracht, um sie von der Öffentlichkeit fernzuhalten. Andere Blätter wußten es noch genauer: Ein Freundeskreis Brandts habe sich ihre Diskretion durch Zahlung eines Schweigegelds in Höhe von 300 000 Mark erkauft.

Prompt bedienten sich CDU-Sprecher solcher Enthüllungen. Mit gutgespielter Entrüstung riet der parlamentarische Geschäftsführer der Union, Reddemann, dem Ex-Kanzler zu einer Strafanzeige, denn Brandt könne doch

Bonner Journalistin Susanne Sievers
Träume in der Carlton-Bar

„den Vorwurf nicht einfach auf sich sitzen lassen, aus undurchsichtigen, möglicherweise sogar privaten Gründen mehrere hunderttausend Mark Steuergelder veruntreut zu haben". SPD-Kommentar: „Infame Kampagne."

Da plötzlich zeigte CSU-Chef Franz Josef Strauß Bedenken. Es sei, formulierte er, „nackter Blödsinn", einen Zusammenhang zwischen dem Spionagefall Guillaume und der BND-Tätigkeit von Frau Sievers herzustellen. Noch im letzten Augenblick hatte Strauß erkannt, daß die hochgespielte Affäre niemanden ärger belastete als die CSU.

Statt das vermeintliche oder tatsächliche Liebesleben Willy Brandts bloßzulegen, offenbarte die Affäre vielmehr bizarre Rekrutierungsmethoden des bundesdeutschen Geheimdienstes und den Einfluß jener „CSU-Seilschaft" (Pullach-Jargon), die noch heute die Personalpolitik des BND beeinflußt — trotz sozialliberaler Reformversuche.

In der Tat entziehen sich die Liaisons und Abenteuer der Susanne Sievers geborenen Zils einseitiger parteipolitischer Ausschlachtung, denn die rothaarige Kölner Eisenbahner-Tochter, 1920 geboren, ordnete ihre Bekanntschaften stets nach überparteilichen Gesichtspunkten. Vertraute einflußreicher Sozial-, Christ- und Freidemokraten, Informantin Ost-Berlins, Agentin des BND — Vorurteile kannte sie nicht.

Im Dachgeschoß des Bonner Bundeshauses, Sitz des Sekretärinnen-Pools im Bundestag, hatte sie 1949 nach der Trennung von dem Versicherungskaufmann Sievers ihre Karriere begonnen. Sie wurde dem FDP-Bundestagsabgeordneten Walther Hasemann zugeteilt, der ihr die Welt der Politik öffnete, später jedoch vor dem Ehrgeiz der Freundin erschrak. Hasemann: „Vorsicht vor Susannchen!"

Bald saß sie, zum Schlußprotokoll befohlen, in dem „SPIEGEL-Ausschuß" des Bundestages, der Durchstechereien bei der Wahl Bonns zur Hauptstadt untersuchen sollte. Die attraktive Sekretärin bekam Kontakt zu wichtigen Abgeordneten, ihre Ambitionen wuchsen: Sie wollte Journalistin werden, durch Sammlung und Veröffentlichung geheimer Amtsinterna Einfluß in Bonn ausüben.

Ein Journalist half ihr 1951 weiter: Peter Hinterholzer, Bonner Korrespondent der SPD-eigenen „Westfälischen Rundschau". Er verschaffte ihr bei seinem Blatt den Posten einer Redaktionsassistentin, später gründeten beide einen Informationsdienst. Titel: „Bonner Informations-Briefe" (BIB).

Die BIB verfügten oft über ungewöhnliche Inside-Informationen, denn „Madame Scandaleuse" (wie sich Frau Sievers selber gerne nannte) gewann immer mehr das Vertrauen bedeutender Politiker. Der Bayernparteiler Donhauser, der hessische FDP-Chef Euler, der Sozialdemokrat Carlo Schmid — jeder wußte ihren Charme zu würdigen.

Zu ihren Bewunderern gehörte seit Frühjahr 1951 auch der Bundestagsabgeordnete Willy Brandt, der sich eben auf seinen Aufstieg in der West-Berliner SPD vorbereitete. Immer, wenn er nach Bonn kam, wartete schon das „gelbe Mützchen" (so ihr von Ernst Reuter geprägter Spitzname) am Flugplatz. In ihrer Wohnung in Bonns Reuterstraße und in der „Carlton"-Bar malten sich die beiden bereits eine gemeinsame Zukunft aus, an die zumindest Susanne Sievers glaubte.

Bonn-Reisender Brandt 1950
Hilfe für die DDR-Gefangene

Eine Frau mit so vielfältigen Beziehungen mußte auch das Interesse der DDR-Späher wecken. Bei einer Reise zur Leipziger Messe im Herbst 1951 wurde sie unter einem Vorwand vom Staatssicherheitsdienst verhaftet und zu einem Arrangement genötigt, über das sich jedoch Susanne Sievers später immer nur recht vage ausließ.

Sie habe, formulierte sie, „sich einverstanden erklärt, ein Abonnement mit einer ‚Wirtschafts-Organisation' auf Lieferung der ‚Bonner Informations-Briefe' abzuschließen und diese an eine Adresse in West-Berlin zu liefern". Damals habe sie noch nicht „die Fußangeln" erkannt, die man ihr „mit dieser vorerst noch harmlosen Abmachung gelegt hatte".

Fortan reiste sie „alle vier bis sechs Wochen" (Hinterholzer) nach West-Berlin, um sich mit Kontaktleuten zu treffen. Auf einer dieser Reisen aber geriet die Journalistin Ende Juni 1952 vollends in die Gewalt des SSD.

Frau Sievers erzählte später, sie habe auf der Fahrt nach West-Berlin eine Handtasche mit wichtigen Papieren verloren und den Verlust beim Präsidium der Volkspolizei in Ost-Berlin gemeldet. Da sei sie von SSD-Männern in eine Villa in Berlin-Schmöckwitz am Imkerweg verschleppt worden; dort habe man sie gedrängt, sich zur Ausspähung ihres Freundes Brandt bereit zu erklären.

Sie habe abgelehnt und versucht, die Außenwelt zu Hilfe zu rufen. Ein paar Zeilen habe sie auf einen Zettel geschrieben und diesen in ihre Puderdose gesteckt; die Dose warf sie aus dem Fenster — in der Hoffnung, Passanten würden die Botschaft nach West-Berlin bringen.

Tatsächlich gelangte der Kassiber zu Hinterholzer, der „die Sicherungsgruppe Bonn sofort alarmierte", wie er sich erinnert. Die ebenfalls konsultierten Verfassungsschützer reagierten jedoch zurückhaltend, denn die von Frau Sievers mitgeteilte Adresse war ihnen nicht unbekannt: Die Villa am Imkerweg diente als Treffort, an dem Agenten dem SSD Bericht zu erstatten pflegten.

Dennoch mühten sich Hinterholzer, Brandt und andere Sievers-Freunde weiter, die Freilassung der Freundin zu erwirken. Die Gefangene indes, am 11. Dezember 1952 wegen angeblicher Spionage für das Ostbüro der SPD zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt, sah sich verraten.

Sie traute auch Brandt nicht mehr — ungeachtet der Tatsache, daß gerade er es war, der mit Hilfe Konrad Adenauers die vorzeitige Entlassung Susanne Sievers' im August 1956 erreichte.

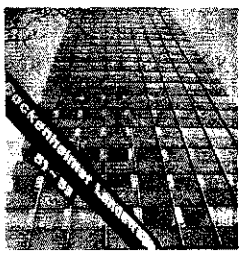
Trotz mancher Versuche eines Neubeginns kühlte das Verhältnis zu Brandt völlig ab; auch die SPD, von der sie sich einen lukrativen Posten erhofft hatte, enttäuschte Frau Sievers. Desto leidenschaftlicher wandte sie sich dem militanten Antikommunismus zu: in

Die Bank of Ireland eröffnet ihre 545. Geschäftsstelle -in Frankfurt.

Die Bank of Ireland ist Irlands größte Bank und an der Spitze im nationalen und internationalen Handel. 1783 gegründet, und mit Aktiva von über DM 6 Milliarden hat sie über 500 Filialen in Irland, 10 Filialen in Großbritannien sowie eine Repräsentanz in New York und Chicago.

Wir freuen uns, nun die Eröffnung der Repräsentanz in Frankfurt ankündigen zu können. Sie ist unsere erste auf dem europäischen Kontinent und zugleich die erste irische Bank in Deutschland.

Unsere Repräsentanten in Frankfurt sind Richard G. Murphy und Ronald P. Smyth. Lassen Sie sich von Ihnen beraten, wenn Sie Geschäftsverbindungen mit Irland haben.



Sofern sie mehr über die Möglichkeiten der industriellen Entwicklung in Irland und über die von der irischen Regierung angebotenen, überaus interessanten Investitionsprogramme erfahren wollen, stehen Ihnen unsere Repräsentanten ebenfalls mit Auskünften zur Verfügung.

Bank of Ireland, College Green, Dublin.

Sie finden uns in der Bockenheimer Landstraße 51-53. Bank of Ireland, Frankfurt. Wir heißen Sie willkommen.

Bank of Ireland

6 Frankfurt/Main. Bockenheimer Landstraße 51-53.
Telex: 4-189239. Tel: (0611) 729044.

Wir sind immer Teil der jeweiligen nationalen Wirtschaft und den Gesetzen des Landes verpflichtet. Wir respektieren seine Interessen, seine Sitten und Gebräuche.

Diese Unternehmenspolitik und diese Haltung sind die Gründe, warum Regierungen anderer Länder uns auffordern, in ihrem Land zu investieren – eine Unternehmenspolitik, die übrigens auch von der Bundesregierung unterstützt wird.

Wenn Sie an weiteren Informationen über „Die Funktion des Unternehmens in der Gesellschaft" interessiert sind, fordern Sie bitte diese Schrift an, bei Siemens AG, ZVW 104/S 3, 8000 München 1 Postfach 103.

Strauß-Vertrauter Sagner
BND-Posten für die Freundin

der Vereinigung der Opfer des Stalinismus.

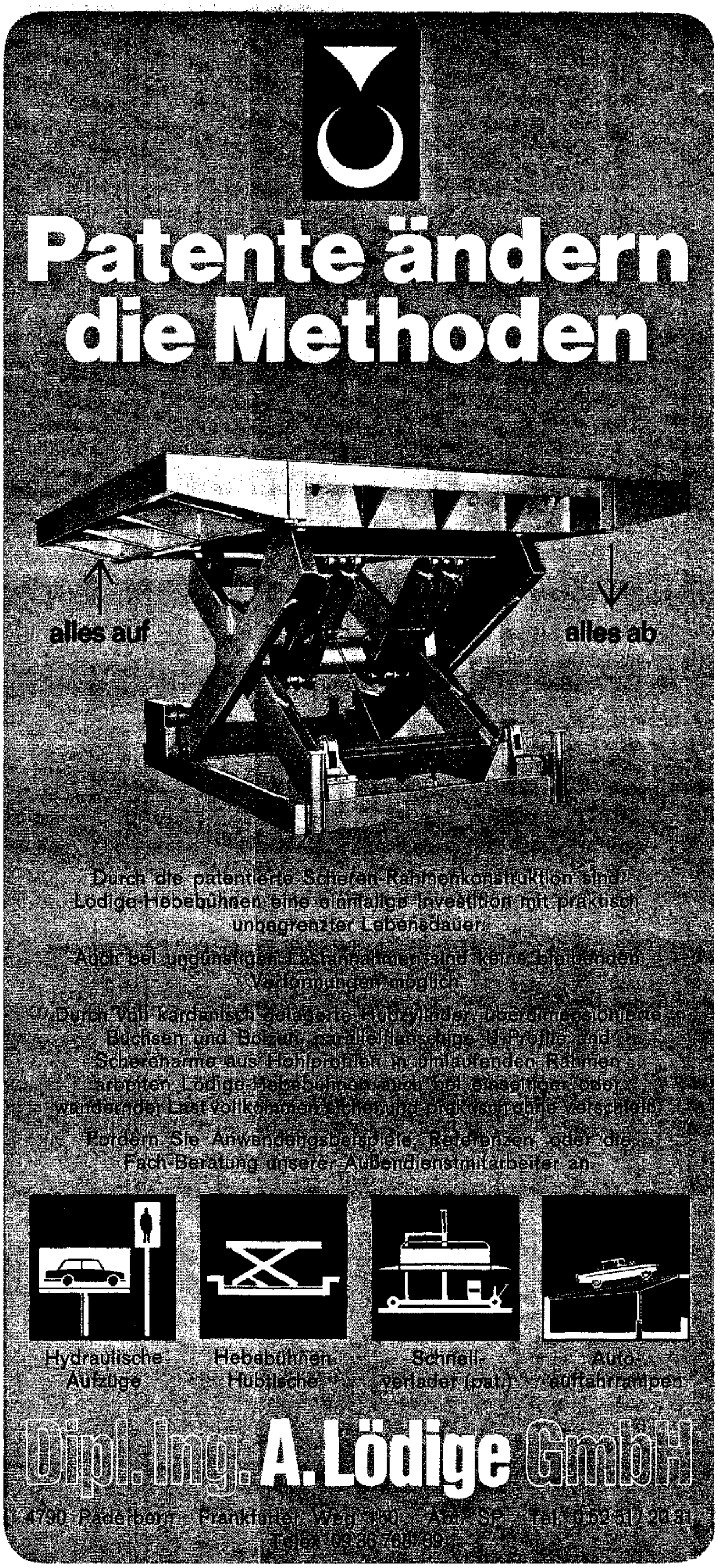
Ab Anfang 1957 Sekretärin in der VOS-Zentrale, später Vorstandsmitglied und Redakteurin der VOS-Postille „Freiheitsglocke", beherrschte sie bald die Antikommunisten-Vereinigung. Ihre Artikel, Vorträge und Pamphlete richteten sich nicht selten gegen Sozialdemokraten, die sie gerne in Verdacht brachte, unsichere Bundesgenossen im Kalten Krieg mit dem Osten zu sein.

Dabei liierte sie sich auch mit dem Mann, der wie kein anderer ihre Karriere förderte: Major Alfred Sagner, Leiter des Ministerbüros im Verteidigungsministerium des Franz Josef Strauß. Auch Sagner managte eine Kalte-Krieg-Organisation: den CDU-nahen Verein „Rettet die Freiheit".

Doch allmählich weckte die hektische Betriebsamkeit der Frau Sievers im VOS-Vorstand Bedenken. Die Gerüchte wollten nicht verstummen, daß Susanne Sievers noch immer mit der DDR in Verbindung stehe. Da gab es Zeugen, die sich erinnern wollten, daß die Sievers in DDR-Zuchthäusern Spitzelberichte geschrieben hatte. Da gab es einen unaufgeklärten Abstecher nach Ost-Berlin drei Jahre nach ihrer Entlassung. Und da gab es eine Demarche des Militärischen Abschirmdienstes, der Sagners „Rettet die Freiheit" vor der Sievers warnte.

VOS-Vorstandsmitglied Platz überzeugte seine Kollegen von der Notwendigkeit, die Sagner-Freundin möglichst rasch zu entfernen. Ihre Kaltstellung trieb Frau Sievers zu immer größerer Bedenkenlosigkeit an, zumal die SPD-Presse ihre Kritik an der Kalten Kriegerin steigerte.

Erregt schrieb sie einen Brief an Brandt, in dem sie drohte, wenn er die Angriffe auf sie nicht einstellen lasse,



werde ihr „die Geduld reißen“. Von der Drohung erfuhr der ehemalige Gestapospitzel Ewald Zweig, CSU-Journalist und Vertrauter des damaligen CSU-Generalsekretärs Friedrich Zimmermann.

Die Herren hatten eine Idee: Man müsse die Sievers animieren, ihre persönlichen Brandt-Materialien für den bevorstehenden Bundestagswahlkampf 1961 zu veröffentlichen.

Susanne Sievers sagte zu, und ein weiterer CSU-Konfident trat in Aktion: Skandal-Verleger Hans Frederik, Spezialist politisch-denunziatorischer „Enthüllungen“. Gemeinsam kompilierten sie das Buch „Da war auch ein Mädchen“, das unter dem Pseudonym Claire Mortensen erschien — rechtzeitig vor dem Höhepunkt des Wahlkampfes.

Das Buch erwies sich zwar als Bumerang (es wurde binnen weniger Tage wegen Einbruchs in die Privatsphäre beschlagnahmt), doch die CSU-Freunde hielten fortan ihre Hand über Frau Sievers. Sie schickten zunächst Sagner vor, der am 8. Januar 1962 den VOS-Vorstand brieflich ersuchte, Susanne wieder einzustellen. Die VOS lehnte ab. Da öffneten Sagner und Zimmermann der einstigen DDR-Informantin ein neues Betätigungsfeld: den BND.

Susanne Sievers wurde als Mitarbeiterin im Bundesnachrichtendienst angestellt. Die CSU-Seilschaft in Pullach war stark genug, alle sicherheitspolitischen Bedenken hinwegzuspülen. Mochten auch VOS-Zeugen, Verfassungsschutz und MAD Einwände gehabt haben — Madame Scandaleuse wurde BND-Agentin.

Sagner sorgte freilich auf seine Art dafür, Pullach von der Agentin zu entlasten. Im März 1962 zum Militärattaché in Seoul ernannt, nahm er die Freundin mit in den Fernen Osten — als Residentin in Südkorea. 1966 wechselte er nach Saigon, wiederum folgte ihm die Residentin. Solange er ihr Nachrichtenmaterial zukommen ließ, fiel in Pullach nicht auf, daß sie nur „Schaumschlägereien“ (BND-Jargon) bieten konnte.

Doch im Herbst 1967 wurde Sagner abberufen, Frau Sievers zog sich nach Hongkong zurück, wo Tochter Ute lebt. Sie hatte abermals Glück: Sie wurde zur BND-Beamtin auf Lebenszeit ernannt.

Allmählich aber merkten die Sachbearbeiter in Pullach doch, daß die BND-Residentin Sievers nicht mehr lieferte als umfrisierte Pressemeldungen. Gleichwohl ließ man sie jahrelang noch gewähren. Erst als die BND-Führung unter dem Einfluß der Bonner Reformer 1970 begann, unergiebige Residenturen abzubauen, geriet auch Susanne Sievers auf die schwarze Liste.

Noch einmal aber half die Münchner Seilschaft und erstritt ihrer Freundin im März 1973 eine Abfindungssumme in Höhe von 320 000 Mark. Normale Summe in solchen Fällen: 30 000 Mark.